

No. 57037*

**Poland
and
Austria**

Agreement between the Government of the Republic of Poland and the Federal Government of the Republic of Austria concerning the mutual protection of classified information. Vienna, 4 December 2013

Entry into force: *1 December 2014 by notification, in accordance with article 16(1)*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Poland, 23 December 2021*

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

**Pologne
et
Autriche**

Accord entre le Gouvernement de la République de Pologne et le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche relatif à la protection mutuelle des informations classifiées. Vienne, 4 décembre 2013

Entrée en vigueur : *1^{er} décembre 2014 par notification, conformément au paragraphe 1 de l'article 16*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Pologne, 23 décembre 2021*

**Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen
der Regierung der Republik Polen
und
der Österreichischen Bundesregierung
über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen**

Die Regierung der Republik Polen und die Österreichische Bundesregierung,
im weiteren „Vertragsparteien“ genannt,
in der Absicht, die Sicherheit aller Verschlusssachen zu gewährleisten, die gemäß
dem innerstaatlichen Recht einer Vertragspartei als Verschlusssachen eingestuft
und der anderen Vertragspartei übermittelt werden,
von dem Wunsch geleitet, eine Regelung im Bereich des gegenseitigen Schutzes
von Verschlusssachen zu schaffen, die auf jede Form der Zusammenarbeit
der Vertragsparteien, die den Austausch oder die Herstellung von Verschlusssachen
mit sich bringt, Anwendung findet,
sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Im Sinne dieses Abkommens

- 1) sind „Verschlussachen“ alle Informationen, unabhängig von Darstellungsform und Datenträger, einschließlich Gegenstände oder Teile von Gegenständen, auch während ihrer Bearbeitung, die gemäß dem innerstaatlichen Recht einer der beiden Vertragsparteien als solche eingestuft und gekennzeichnet worden sind und daher gemäß dem innerstaatlichen Recht einer der beiden Vertragsparteien und gemäß diesem Abkommen vor unbefugter Preisgabe geschützt werden;
- 2) sind „zuständige Behörden oder Stellen“ die staatlichen Behörden oder Stellen und andere Einrichtungen, einschließlich Unternehmen, die gemäß dem innerstaatlichen Recht der jeweiligen Vertragspartei für die Handhabung von Verschlussachen zuständig sind;
- 3) sind „zuständige Sicherheitsbehörden“ die Behörden, die gemäß Artikel 13 dieses Abkommens notifiziert werden;
- 4) ist ein „Verschlussachenauftrag“ ein Vertrag zwischen einer zuständigen Behörde oder Stelle aus dem Staat der einen Vertragspartei (Auftraggeber) und einer zuständigen Behörde oder Stelle aus dem Staat der anderen Vertragspartei (Auftragnehmer), dessen Erfüllung den Zugang zu Verschlussachen oder deren Herstellung voraussetzt.

ARTIKEL 2

GLEICHWERTIGKEIT VON GEHEIMHALTUNGSGRADEN

Die Vertragsparteien vereinbaren, dass folgende Geheimhaltungsgrade gleichwertig sind:

IN DER REPUBLIK POLEN:	IN DER REPUBLIK ÖSTERREICH:
ŚCIŚLE TAJNE	STRENG GEHEIM
TAJNE	GEHEIM
POUFNE	VERTRAULICH
ZASTRZEŻONE	EINGESCHRÄNKT

ARTIKEL 3
KENNZEICHNUNG

1. Die übermittelten Verschlusssachen werden von der für ihren Empfänger zuständigen Behörde oder Stelle mit dem gemäß Artikel 2 gleichwertigen nationalen Geheimhaltungsgrad gekennzeichnet.
2. Der Geheimhaltungsgrad darf ausschließlich von der für die Einstufung zuständigen Behörde oder Stelle geändert oder aufgehoben werden. Über jeden Fall der Änderung oder Aufhebung des Geheimhaltungsgrads ist die gemäß Absatz 1 zuständige Behörde oder Stelle unverzüglich, nach Möglichkeit im Voraus, zu unterrichten.

ARTIKEL 4
GRUNDSÄTZE DES SCHUTZES VON VERSCHLUSSSACHEN

1. Die Vertragsparteien treffen gemäß diesem Abkommen und ihrem innerstaatlichen Recht alle geeigneten Maßnahmen zum Schutz der übermittelten Verschlusssachen und gewähren ihnen mindestens den gleichen Schutz, wie er im Verfahren für ihre eigenen Verschlusssachen des gleichwertigen Geheimhaltungsgrades gilt.
2. Die übermittelten Verschlusssachen dürfen nur zu den vereinbarten Zwecken verwendet werden. Eine Vertragspartei darf Dritten ohne schriftliche Zustimmung der für die Einstufung zuständigen Behörde oder Stelle keine übermittelten Verschlusssachen zugänglich machen.
3. Die zuständigen Sicherheitsbehörden stellen die erforderliche Kontrolle des Schutzes der übermittelten Verschlusssachen sicher.
4. Die übermittelten Verschlusssachen dürfen nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, die gemäß dem innerstaatlichen Recht zum Zugang zu Verschlusssachen des gleichwertigen Geheimhaltungsgrades ermächtigt sind, und deren Aufgaben die Kenntnis notwendig machen.

ARTIKEL 5
SICHERHEITSUNBEDENKLICHKEITSBESCHEINIGUNGEN
FÜR PERSONEN UND
SICHERHEITSUNBEDENKLICHKEITSBESCHEINIGUNGEN
FÜR UNTERNEHMEN UND ANLAGEN

1. Für den Zugang von Personen zu den mit dem Geheimhaltungsgrad POUFNE/VERTRAULICH oder höher gekennzeichneten Verschlussachen ist eine Sicherheitsüberprüfung gemäß dem innerstaatlichen Recht der jeweiligen Vertragspartei erforderlich.
2. Der Zugang von Personen zu den mit dem Geheimhaltungsgrad ZASTRZEŽONE/EINGESCHRÄNKT gekennzeichneten Verschlussachen wird gemäß dem innerstaatlichen Recht der jeweiligen Vertragspartei geregelt, die diese Informationen erhält.
3. Die zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien unterstützen einander gemäß dem innerstaatlichen Recht auf Ersuchen bei für die Anwendung dieses Abkommens notwendigen Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die sich im Staatsgebiet der anderen Partei aufhalten oder aufgehalten haben und zu Zwecken von Sicherheitsüberprüfungen von Unternehmen und Anlagen mit Sitz in der anderen Vertragspartei.
4. Im Anwendungsbereich dieses Abkommens anerkennen die Vertragsparteien die gemäß dem innerstaatlichen Recht der anderen Vertragspartei ab dem Geheimhaltungsgrad POUFNE/VERTRAULICH oder höher ausgestellten Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigungen für Personen und Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigungen für Unternehmen und Anlagen.
5. Im Anwendungsbereich dieses Abkommens teilen die zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien einander schriftlich unverzüglich alle Änderungen von Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigungen für Unternehmen und Anlagen, die gemäß dem innerstaatlichen Recht der jeweiligen Vertragspartei ab dem Geheimhaltungsgrad POUFNE/VERTRAULICH oder höher ausgestellt werden, insbesondere deren Widerruf oder eine Änderung der Klassifizierungsstufe, mit.

ARTIKEL 6
VERSCHLUSSACHENAUFTRÄGE

1. Vor Vergabe eines mit dem Zugang zu Verschlussachen des Geheimhaltungsgrads POUFNE/VERTRAULICH oder höher verbundenen Verschlussachenauftrags hat der Auftragnehmer eine gültige Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung für Unternehmen und Anlagen vorzulegen.
2. Die zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien teilen einander auf Anfrage mit, ob der Auftragnehmer eine Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung für Unternehmen und Anlagen besitzt oder ob ein entsprechendes Verfahren eingeleitet wurde.
3. Bis zum Vorliegen einer gültigen Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung für Unternehmen und Anlagen dürfen dem Auftragnehmer keine Verschlussachen des Geheimhaltungsgrads POUFNE/VERTRAULICH oder höher zugänglich gemacht werden.
4. Der Auftraggeber übermittelt dem Auftragnehmer die zur Erfüllung des Verschlussachenauftrags nötigen Sicherheitserfordernisse, einschließlich einer Verschlussachenliste. Eine Kopie dieser Dokumente wird den zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien übermittelt.
5. Jeder Subunternehmer erfüllt die gleichen Voraussetzungen hinsichtlich des Schutzes von Verschlussachen, die für den Auftragnehmer gemäß Absatz 4 bestimmt werden.

ARTIKEL 7
ÜBERMITTLUNG VON VERSCHLUSSACHEN

1. Verschlussachen werden auf diplomatischem Weg übermittelt.
2. Verschlussachen des Geheimhaltungsgrads ZASTRZEŽONE/EINGESCHRÄNKT und POUFNE/VERTRAULICH dürfen gemäß dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, die diese Information übermittelt, auch mittels der dazu ermächtigten Beförderer übermittelt werden.

3. Eine persönliche Beförderung ist bei Verschlussachen des Geheimhaltungsgrads ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT immer, und bei Verschlussachen des Geheimhaltungsgrads POUFNE/VERTRAULICH in dringenden Fällen, zulässig, wenn Sicherheitserfordernisse gemäß dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, die diese Informationen übermitteln, erfüllt werden.
4. Die zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien können eine andere gegen unbefugte Preisgabe gesicherte Weise der Übermittlung von Verschlussachen vereinbaren.
5. Die Empfangsstelle bestätigt schriftlich den Empfang von Verschlussachen.

ARTIKEL 8

VERVIELFÄLTIGUNG UND ÜBERSETZUNG VON VERSCHLUSSACHEN

1. Die Vervielfältigung von Verschlussachen erfolgt im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht jeder Vertragspartei. Die Vervielfältigung von Verschlussachen des Geheimhaltungsgrads „STRENG GEHEIM/ŚCIŚLE TAJNE” ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Herstellers zulässig.
2. Die Kopien sind wie die Originale zu schützen.
3. Die Anzahl der Kopien ist auf das Notwendige zu begrenzen.
4. Verschlussachen dürfen nur von Personen übersetzt werden, die zum Zugang zu Verschlussachen des jeweiligen Geheimhaltungsgrads ermächtigt sind. Die Übersetzungen sind wie die Originale zu schützen.

ARTIKEL 9

VERNICHTUNG VON VERSCHLUSSACHEN

Verschlussachen werden gemäß dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien nachweislich und auf eine Weise vernichtet, die die teilweise oder vollständige Rekonstruktion verhindert.

ARTIKEL 10

BESUCHE

1. Personen aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei besuchen, wird Zugang zu Verschlusssachen sowie zu Einrichtungen, in denen Verschlusssachen bearbeitet oder aufbewahrt werden, nur im notwendigen Ausmaß und nur mit vorheriger schriftlicher Erlaubnis der zuständigen Sicherheitsbehörde der anderen Vertragspartei gewährt.
2. Die in Absatz 1 genannte Erlaubnis wird nur solchen Personen erteilt, die auf Grund des innerstaatlichen Rechts zum Zugang zu Verschlusssachen ermächtigt sind.
3. Besuchsanmeldungen sind der zuständigen Sicherheitsbehörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Besuch stattfinden soll, mindestens 30 Tage vor dem geplanten Besuch, in dringenden Fällen auch innerhalb eines kürzeren Zeitraums, vorzulegen.
4. Besuchsanmeldungen sind in englischer Sprache und mit den folgenden Angaben versehen vorzulegen:
 - 1) Besuchszweck sowie vorgesehenes Besuchsdatum
 - 2) Vor- und Familienname, Geburtsdatum und –ort sowie die Pass- oder Personalausweisnummer des Besuchers;
 - 3) Staatsangehörigkeit des Besuchers;
 - 4) Dienstbezeichnung des Besuchers und Name der Einrichtung oder Stelle, die er vertritt;
 - 5) Grad der Ermächtigung des Besuchers für den Zugang zu Verschlusssachen;und
 - 6) Stellen, Ansprechpartner und Einrichtungen, die besucht werden sollen.
5. Die zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien stellen gemäß dem innerstaatlichen Recht den Schutz personenbezogener Daten der Besucher sicher.
6. Die zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien können ihre Erlaubnis zur Festlegung der Liste von Personen erteilen, die zu wiederholten Besuchen in Zusammenhang mit der Durchführung eines Verschlusssachenauftrags ermächtigt sind. Die Listen beinhalten die in Absatz 4 genannten Angaben und

sind für 12 Monate gültig. Nach der Bewilligung von solchen Listen durch die zuständigen Sicherheitsbehörden werden die Besuchsdaten unmittelbar zwischen der entsendenden und der zu besuchenden Einrichtung abgestimmt.

7. Besuche im Zusammenhang mit Verschlussachen des Geheimhaltungsgrads ZASTRZEŽONE/EINGESCHRÄNKT werden unmittelbar zwischen den entsendenden und der zu besuchenden Einrichtung abgestimmt. Wenn ein solcher Besuch zum ersten Mal stattfindet, werden die zuständigen Sicherheitsbehörden darüber schriftlich informiert.

ARTIKEL 11

VERLETZUNG DER BESTIMMUNGEN

ÜBER DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON VERSCHLUSSACHEN

1. Wenn der Verdacht einer unbefugten Preisgabe von unter dieses Abkommen fallenden Verschlussachen besteht oder eine solche festgestellt wird, ist dies der anderen Vertragspartei unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
2. Jede Verletzung der Bestimmungen über den Schutz von unter dieses Abkommen fallenden Verschlussachen wird gemäß dem innerstaatlichen recht der zuständigen Vertragspartei untersucht und verfolgt. Die andere Vertragspartei unterstützt diese Maßnahmen auf entsprechenden Antrag.
3. Die Vertragsparteien informieren einander über das Ergebnis der Untersuchung und allenfalls getroffene Maßnahmen.

ARTIKEL 12

KOSTEN

Jede Vertragspartei trägt ihre eigenen Kosten, die ihr in Zusammenhang mit der Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens entstehen.

ARTIKEL 13
SICHERHEITSBEHÖRDEN

Die Vertragsparteien unterrichten einander auf diplomatischem Weg über ihre für die Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens zuständigen Sicherheitsbehörden.

ARTIKEL 14
KONSULTATIONEN

1. Die zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien unterrichten einander über ihr innerstaatliches Recht im Bereich des Schutzes von Verschlusssachen und dessen allfällige Änderungen.
2. Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens zu gewährleisten, konsultieren die zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien einander auf Ersuchen einer dieser Behörden.
3. Jede Vertragspartei gestattet den Vertretern der zuständigen Sicherheitsbehörden der anderen Vertragspartei Besuche in ihrem Hoheitsgebiet, um die Verfahren zum Schutz von Verschlusssachen zu erörtern.
4. Die zuständigen Sicherheitsbehörden können im Rahmen des innerstaatlichen Rechts bei Bedarf schriftliche Vereinbarungen zu technischen oder organisatorischen Fragen der Durchführung des Abkommens treffen.

ARTIKEL 15
STREITBEILEGUNG

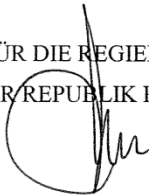
1. Alle Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung und Auslegung der Bestimmungen dieses Abkommens werden zwischen den zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien im Wege direkter Gespräche beigelegt.
2. Wenn eine Meinungsverschiedenheit nicht gemäß Absatz 1 beigelegt werden kann, wird sie auf diplomatischem Weg beigelegt.

ARTIKEL 16
SCHLUSSBESTIMMUNGEN

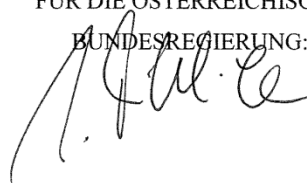
1. Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte der beiden Noten, in denen die Vertragsparteien einander den Abschluss der für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Verfahren mitteilen, zugegangen ist.
2. Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
3. Dieses Abkommen kann im gegenseitigen schriftlichen Einvernehmen beider Vertragsparteien geändert werden. Änderungen treten gemäß Absatz 1 in Kraft.
4. Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit auf diplomatischem Wege kündigen. In einem solchen Fall tritt das Abkommen sechs Monate nach dem Eingang der Kündigungsnote bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.
5. Im Fall der Kündigung sind die auf Grund dieses Abkommens übermittelten oder hergestellten Verschlusssachen weiterhin gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens zu schützen, solange das Bestehen der Einstufung dies erfordert.
6. Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt Artikel 10 des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen betreffend die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität, geschehen zu Wien am 10. Juni 2002, außer Kraft.

Geschehen zu Wien am 04.12.2013 in zwei
Urschriften in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut
gleichermaßen verbindlich ist.

FÜR DIE REGIERUNG
DER REPUBLIK POLEN:



FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE
BUNDESREGIERUNG:



[POLISH TEXT – TEXTE POLONAIS]

Umowa
między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
a Rządem Federalnym Republiki Austrii
o wzajemnej ochronie informacji niejawnych

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej oraz Rząd Federalny Republiki Austrii,
zwane dalej „Stronami”,
mając na uwadze zagwarantowanie bezpieczeństwa wszystkich informacji niejawnych,
które zostaną zaklasyfikowane jako informacje niejawne zgodnie z prawem
wewnętrznym jednej ze Stron i przekazane drugiej Stronie,
kierując się zamiarem stworzenia regulacji
w zakresie wzajemnej ochrony informacji niejawnych,
która obowiązywać będzie
w odniesieniu do każdej formy współpracy Stron,
związanej z wymianą lub wytwarzaniem informacji niejawnych,
uzgodniły, co następuje:

ARTYKUŁ 1**DEFINICJE**

W rozumieniu niniejszej Umowy:

- 1) „informacje niejawne” to wszelkie informacje niezależnie od formy i nośnika ich utrwalenia oraz przedmioty lub ich części, także w trakcie ich opracowywania, które zgodnie z prawem wewnętrznym jednej ze Stron zostały jako takie zaklasyfikowane i oznaczone oraz zgodnie z prawem wewnętrznym jednej ze Stron i niniejszą Umową są chronione przed nieuprawnionym ujawnieniem;
- 2) „właściwe organy lub podmioty” to państwowe organy lub podmioty oraz inne instytucje w tym przedsiębiorstwa, które zgodnie z prawem wewnętrznym jednej ze Stron są właściwe do posługiwania się informacjami niejawnymi;
- 3) „właściwe organy bezpieczeństwa” to organy wskazane na podstawie artykułu 13 niniejszej Umowy;
- 4) „kontrakt niejawny” to umowa między właściwym organem lub podmiotem z państwa jednej ze Stron (zleceniodawca) a właściwym organem lub podmiotem z państwa drugiej ze Stron (wykonawca), którego realizacja wymaga dostępu do informacji niejawnych lub ich wytwarzania.

ARTYKUŁ 2**RÓWNORZĘDNOŚĆ KLAUZUL TAJNOŚCI**

Strony uzgadniają, że niżej wymienione klauzule tajności są równorzędne:

W RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ	W REPUBLICE AUSTRII
ŚCIŚLE TAJNE	STRENG GEHEIM
TAJNE	GEHEIM
POUFNE	VETRAULICH
ZASTRZEŻONE	EINGESCHRÄNKT

ARTYKUŁ 3
OZNACZANIE

1. Przekazywane informacje niejawne zostaną oznaczone przez właściwy dla ich odbiorcy organ lub podmiot równorzędną krajową klauzulą tajności, zgodnie z postanowieniami artykułu 2.
2. Klauzula tajności może być zmieniona lub zniesiona wyłącznie przez organ lub podmiot właściwy do jej nadania. O każdym przypadku zmiany lub zniesienia klauzuli tajności należy niezwłocznie, w miarę możliwości z wyprzedzeniem, poinformować właściwy organ lub podmiot określony w ustępie 1.

ARTYKUŁ 4
ZASADY OCHRONY INFORMACJI NIEJAWNYCH

1. Zgodnie z niniejszą Umową i swoim prawem wewnętrznym Strony podejmą wszelkie stosowne działania dla zapewnienia ochrony otrzymanym informacjom niejawnym i zapewnią im co najmniej taką samą ochronę, jaka obowiązuje w odniesieniu do ich własnych informacji niejawnych o równorzędnej klauzuli tajności.
2. Otrzymane informacje niejawne mogą być wykorzystywane wyłącznie w uzgodnionych celach. Strona nie może udostępniać otrzymanych informacji niejawnych stronom trzecim bez uprzedniej pisemnej zgody organu lub podmiotu właściwego do nadania klauzuli tajności.
3. Właściwe organy bezpieczeństwa zapewnią niezbędną kontrolę ochrony informacji niejawnych.
4. Otrzymane informacje niejawne mogą być udostępniane tylko tym osobom, które zgodnie z prawem wewnętrznym są uprawnione do dostępu do informacji niejawnych o równorzędnej klauzuli tajności oraz których zadania wymagają zapoznania się z nimi.

ARTYKUŁ 5
POŚWIADCZENIA BEZPIECZEŃSTWA ORAZ ŚWIADECTWA
BEZPIECZEŃSTWA PRZEMYSŁOWEGO

1. W celu uzyskania dostępu osób do informacji niejawnych oznaczonych klauzulą tajności POUFNE/VETRAULICH lub wyższej wymagane jest przeprowadzenie postępowania sprawdzającego zgodnie z prawem wewnętrznym danej Strony.
2. Dostęp osób do informacji niejawnych oznaczonych klauzulą ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT regulowany jest prawem wewnętrznym Strony otrzymującej te informacje.
3. Właściwe organy bezpieczeństwa Stron wspierają się wzajemnie na wniosek, zgodnie z prawem wewnętrznym, w zakresie niezbędnym do zastosowania niniejszej Umowy przy postępowaniach sprawdzających osób, które przebywały lub przebywają na terytorium państwa drugiej Strony oraz postępowaniach sprawdzających bezpieczeństwa przemysłowego prowadzonych przez drugą Stronę.
4. W zakresie zastosowania niniejszej Umowy, Strony uznają wydawane zgodnie z prawem wewnętrznym drugiej Strony od klauzuli POUFNE/VETRAULICH lub wyższej, poświadczenie bezpieczeństwa oraz świadectwo bezpieczeństwa przemysłowego.
5. W zakresie zastosowania niniejszej Umowy właściwe organy bezpieczeństwa Stron informują się wzajemnie bez zbędnej zwłoki o wszelkich zmianach dotyczących poświadczeń bezpieczeństwa oraz świadectw bezpieczeństwa przemysłowego, wydawanych zgodnie z prawem wewnętrznym drugiej Strony od klauzuli POUFNE/VETRAULICH lub wyższej, w szczególności o ich cofnięciu lub o zmianie klauzuli tajności.

ARTYKUŁ 6
KONTRAKTY NIEJAWNE

1. Przed zawarciem kontraktu niejawnego, związanego z dostępem do informacji o klauzuli POUFNE/VETRAULICH lub wyższej, wykonawca musi przedstawić ważne świadectwo bezpieczeństwa przemysłowego.

2. Właściwe organy bezpieczeństwa Stron, udzielają sobie wzajemnie odpowiedzi na zapytanie, czy wykonawca posiada ważne świadectwo bezpieczeństwa przemysłowego lub czy została wszczęta odpowiednia procedura w tym zakresie.
3. Informacje niejawne o klauzuli POUFNE/VETRAULICH lub wyższej nie będą udostępniane wykonawcy do czasu przedłożenia ważnego świadectwa bezpieczeństwa przemysłowego.
4. Zleceniodawca przekazuje wykonawcy wymogi bezpieczeństwa potrzebne do realizacji kontraktu niejawnego, wraz z wykazem informacji niejawnych. Kopia tych dokumentów przekazywana będzie właściwym organom bezpieczeństwa Stron.
5. Każdy podwykonawca spełnia te same warunki ochrony informacji niejawnych jakie zostały ustanowione dla wykonawcy, o którym mowa w ustępie 4.

ARTYKUŁ 7

PRZEKAZYWANIE INFORMACJI NIEJAWNYCH

1. Informacje niejawne będą przekazywane drogą dyplomatyczną.
2. Zgodnie z prawem wewnętrznym Strony przekazującej informacje niejawne, informacje o klauzuli ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT oraz POUFNE/VETRAULICH mogą być przekazywane również za pośrednictwem uprawnionych do tego przewoźników.
3. Przewóz osobisty informacji niejawnych o klauzuli ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT jest dopuszczalny zawsze, a o klauzuli POUFNE/VETRAULICH w pilnych przypadkach, o ile są spełnione wymogi bezpieczeństwa określone prawem wewnętrznym Strony przekazującej te informacje.
4. Właściwe organy bezpieczeństwa Stron mogą ustalić inne sposoby przekazywania informacji niejawnych zapewniające ochronę przed ich nieuprawnionym ujawnieniem.
5. Podmiot otrzymujący pisemnie potwierdza odbiór informacji niejawnych.

ARTYKUŁ 8
POWIELANIE I TŁUMACZENIE INFORMACJI NIEJAWNYCH

1. Powielanie informacji niejawnych odbywa się w sposób zgodny z prawem wewnętrznym każdej ze Stron. Informacje niejawne o klauzuli ŚCIŚLE TAJNE/STRENG GEHEIM są powielane tylko po uprzednim uzyskaniu pisemnej zgody wydanej przez wytwórcę.
2. Kopie podlegają takiej samej ochronie jak oryginały.
3. Liczbę kopii należy ograniczyć do niezbędnej.
4. Tłumaczenia informacji niejawnych mogą dokonywać wyłącznie osoby uprawnione do dostępu do informacji niejawnych o określonej klauzuli tajności. Tłumaczenia podlegają takiej samej ochronie jak oryginały.

ARTYKUŁ 9
NISZCZENIE INFORMACJI NIEJAWNYCH

Informacje niejawne będą niszczone zgodnie z prawem wewnętrznym każdej ze Stron w sposób udokumentowany i uniemożliwiający ich częściowe lub całkowite odtworzenie.

ARTYKUŁ 10
WIZYTY

1. Osobom przybywającym z wizytą z państwa jednej Strony do państwa drugiej Strony zezwala się na dostęp do informacji niejawnych, a także obiektów, w których przetwarza się i przechowuje informacje niejawne, jedynie w niezbędnym zakresie i po uprzednim uzyskaniu pisemnego zezwolenia wydanego przez właściwy organ bezpieczeństwa drugiej Strony.
2. Zezwolenie, o którym mowa w ustępie 1, udzielane będzie tylko takim osobom, które zgodnie z prawem wewnętrznym, są uprawnione do dostępu do informacji niejawnych.

3. Wnioski w sprawie wizyt należy przedkładać właściwemu organowi bezpieczeństwa Strony, na terytorium której ma się odbyć wizyta co najmniej 30 dni przed planowaną wizytą, w nagłych przypadkach także w krótszym czasie.

4. Wnioski w sprawie wizyty należy przedkładać w języku angielskim wraz z następującymi danymi:

- 1) cel i przewidywany termin wizyty;
- 2) imię i nazwisko, data i miejsce urodzenia oraz numer paszportu lub dowodu tożsamości osoby przybywającej z wizytą;
- 3) obywatelstwo osoby przybywającej z wizytą;
- 4) stanowisko służbowe osoby przybywającej z wizytą wraz z nazwą instytucji lub jednostki, którą reprezentuje;
- 5) poziom tajności informacji niejawnych, do którego osoba przybywająca z wizytą jest uprawniona

i

- 6) podmioty, partnerzy do rozmów oraz instytucje, których wizyta ma dotyczyć.
5. Właściwe organy bezpieczeństwa Stron zapewniają, zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym, ochronę danych osobowych osób przybywających z wizytą.
6. Właściwe organy bezpieczeństwa Stron mogą wyrazić zgodę na ustalenie list osób upoważnionych do składania wielokrotnych wizyt związanych z realizacją kontraktu niejawnego. Listy te zawierają dane określone w ustępie 4 i są ważne przez okres dwunastu miesięcy. Po zatwierdzeniu takich list przez właściwe organy bezpieczeństwa, terminy wizyt są uzgadniane bezpośrednio między jednostką wysyłającą a jednostką przyjmującą wizytę.
7. Wizyty związane z dostępem do informacji niejawnych o klauzuli ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT są uzgadniane bezpośrednio między jednostką wysyłającą a jednostką przyjmującą wizytę. Jeśli taka wizyta odbywa się po raz pierwszy, to właściwe organy bezpieczeństwa są o tym informowane pisemnie.

ARTYKUŁ 11
NARUSZENIE POSTANOWIEŃ DOTYCZĄCYCH
WZAJEMNEJ OCHRONY INFORMACJI NIEJAWNYCH

1. W przypadku podejrzenia, że doszło do nieuprawnionego ujawnienia informacji niejawnych objętych niniejszą Umową lub stwierdzenia takiego ujawnienia, należy o tym niezwłocznie poinformować pisemnie drugą Stronę.
2. Każde naruszenie postanowień dotyczących ochrony informacji niejawnych objętych niniejszą Umową, będzie wyjaśniane i ścigane zgodnie z prawem wewnętrznym właściwej Strony. Na odpowiedni wniosek, druga ze Stron wspiera te działania.
3. Strony będą informować się wzajemnie o wyniku postępowania wyjaśniającego oraz o wszystkich zastosowanych środkach.

ARTYKUŁ 12
KOSZTY

Każda ze Stron pokrywa własne koszty ponoszone w związku z realizacją postanowień niniejszej umowy.

ARTYKUŁ 13
WŁAŚCIWE ORGANY BEZPIECZEŃSTWA

Strony informują się drogą dyplomatyczną o swoich właściwych organach bezpieczeństwa odpowiedzialnych za realizację postanowień niniejszej Umowy.

ARTYKUŁ 14

KONSULTACJE

1. Właściwe organy bezpieczeństwa Stron informują się wzajemnie o swoim prawie wewnętrznym w zakresie dotyczącym ochrony informacji niejawnych oraz jego zmianach.
2. W celu zapewnienia ścisłej współpracy przy realizacji postanowień niniejszej Umowy właściwe organy bezpieczeństwa Stron będą się konsultować na wniosek jednego z nich.
3. Każda ze Stron zezwoli przedstawicielom właściwych organów bezpieczeństwa drugiej Strony na składanie wizyt na swoim terytorium w celu omówienia procedur dotyczących ochrony informacji niejawnych.
4. Właściwe organy bezpieczeństwa mogą zgodnie z prawem wewnętrznym uzgadniać pisemnie, jeśli zachodzi potrzeba, kwestie techniczne i organizacyjne, dotyczące realizacji Umowy.

ARTYKUŁ 15

ROZSTRZYGANIE SPORÓW

1. Wszelkie kwestie sporne dotyczące stosowania oraz interpretacji postanowień niniejszej Umowy będą rozstrzygane w drodze bezpośrednich rozmów pomiędzy właściwymi organami bezpieczeństwa Stron.
2. Jeśli nie będzie możliwe rozwiązanie sporu w sposób, o którym mowa w ustępie 1, będzie on rozstrzygany drogą dyplomatyczną.

ARTYKUŁ 16

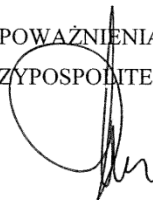
POSTANOWIENIA KOŃCOWE

1. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca, który nastąpi po dniu otrzymania późniejszej z not, w drodze których, Strony poinformują się wzajemnie o zakończeniu wewnętrzpaństwowych procedur wymaganych do wejścia w życie niniejszej Umowy.

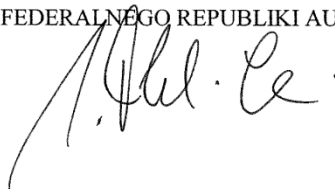
2. Niniejsza Umowa zawarta zostaje na czas nieokreślony.
3. Niniejsza Umowa może zostać zmieniona za obopólną pisemną zgodą obu Stron. Zmiany wejdą w życie zgodnie z postanowieniami ustępu 1.
4. Każda ze Stron może w każdej chwili wypowiedzieć niniejszą umowę drogą dyplomatyczną. W takim przypadku traci ona moc po upływie sześciu miesięcy od dnia otrzymania noty informującej o jej wypowiedzeniu przez drugą Stronę.
5. W przypadku wypowiedzenia, informacje niejawne przekazane lub wytworzone na podstawie niniejszej Umowy, będą nadal chronione zgodnie z jej postanowieniami tak długo jak wymagają tego klauzule tajności.
6. Z dniem wejścia w życie niniejszej Umowy, traci moc artykuł 10 Umowy między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej a Rządem Federalnym Republiki Austrii o współpracy w zapobieganiu i zwalczaniu przestępczości, zawartej w Wiedniu dnia 10 czerwca 2002 r.

Sporządzono w Wiedniu dnia 04.12.2013 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach polskim i niemieckim, przy czym obydwie teksty posiadają jednakową moc.

Z UPOWAŻNIENIA RZĄDU
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ



Z UPOWAŻNIENIA RZĄDU
FEDERALNEGO REPUBLIKI AUSTRII



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF POLAND
AND THE FEDERAL GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA
CONCERNING THE MUTUAL PROTECTION OF CLASSIFIED
INFORMATION

The Government of the Republic of Poland and the Federal Government of the Republic of Austria, hereinafter referred to as “the Parties”,

Wishing to ensure the security of all classified information categorized as such under the domestic laws of one Party and transmitted to the other Party,

Desiring to establish rules for the mutual protection of classified information to be applied to all forms of cooperation between the Parties involving the exchange or production of classified information,

Have agreed as follows:

Article 1. Definitions

For the purposes of this Agreement:

1) “Classified information” means any information, irrespective of its form or storage medium, including objects and parts thereof, even while being processed, that has been classified and marked as such in accordance with the domestic laws of one of the Parties and is therefore protected against unauthorized disclosure under the domestic laws of one of the Parties and under this Agreement;

2) “Competent authorities or entities” means State authorities or entities, as well as other institutions, including companies, competent to handle classified information in accordance with the domestic laws of the Party in question;

3) “Competent security authorities” means the authorities to be designated in accordance with article 13 of this Agreement;

4) “Classified contract” means a contract between a competent authority or entity in the State of one Party (client) and a competent authority or entity in the State of the other Party (contractor), whose implementation requires access to or production of classified information.

Article 2. Equivalency of classification levels

The Parties agree that the following classification levels are equivalent:

In the Republic of Poland	In the Republic of Austria	Equivalent in English
ŚCISŁE TAJNE	STRENG GEHEIM	TOP SECRET
TAJNE	GEHEIM	SECRET
POUFNE	VERTRAULICH	CONFIDENTIAL
ZASTRZEŻONE	EINGESCHRÄNKT	RESTRICTED

Article 3. Marking

1. Transmitted classified information shall be marked by the authority or entity competent in respect of the recipient with the equivalent domestic classification level given in article 2.

2. The classification level may be changed or removed only by the authority or entity competent to assign it. The competent authority or entity referred to in paragraph 1 shall be notified without delay, and, wherever possible, in advance, of any change in or removal of classification level.

Article 4. Principles for the protection of classified information

1. The Parties shall, in accordance with this Agreement and their domestic laws, take all appropriate measures to protect transmitted classified information, and shall afford it at least the same level of protection as that applying to their own classified information of an equivalent classification level.

2. Transmitted classified information may be used only for the agreed purposes. A Party may not disclose transmitted classified information to third parties without the prior written consent of the authority or entity competent to assign the classification level.

3. The competent security authorities shall ensure the necessary control of the protection of transmitted classified information.

4. Transmitted classified information may be disclosed only to persons who are authorized, under domestic laws, to access classified information of the equivalent classification level and whose duties necessitate knowledge of the information.

Article 5. Personal security clearances and facility security clearances

1. Access by persons to classified information at the POUFNE/VERTRAULICH level or higher shall be subject to a security screening in accordance with the domestic laws of the Party in question.

2. Access by persons to classified information at the ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT level shall be subject to the domestic laws of the Party receiving the information.

3. The competent security authorities of the Parties shall assist each other upon request, each in accordance with its own domestic laws, with security screenings, necessary for the implementation of this Agreement, of persons who are or have been present in the territory of the State of the other Party, and with security screenings of companies and installations registered in the territory of the other Party.

4. In applying this Agreement, each Party shall recognize personal security clearances and facility security clearances issued by the other Party in accordance with its domestic laws at the POUFNE/VERTRAULICH level or higher.

5. In applying this Agreement, the competent security authorities of the Parties shall inform each other without undue delay of any changes to a facility security clearance issued at the POUFNE/VERTRAULICH level or higher in accordance with the domestic laws of the Party, in particular the revocation of the clearance or a change in its classification level.

Article 6. Classified contracts

1. Before the award of a classified contract involving access to classified information at the POUFNE/VERTRAULICH level or higher, the contractor shall present a valid facility security clearance.

2. Upon request, the competent security authorities of the Parties shall inform each other whether a contractor is in possession of a valid facility security clearance or whether a procedure to obtain one has been initiated.

3. Contractors shall not be granted access to classified information at the POUFNE/VERTRAULICH level or higher until they have presented a valid facility security clearance.

4. The client shall transmit to the contractor the security requirements for the implementation of the classified contract together with a list of classified information. A copy of those documents shall be transmitted to the competent security authorities of the Parties.

5. Subcontractors shall meet the same requirements for the protection of classified information as those imposed on contractors in accordance with paragraph 4.

Article 7. Transmittal of classified information

1. Classified information shall be transmitted through the diplomatic channel.

2. In addition, classified information at the ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT or POUFNE/VERTRAULICH level may, in accordance with the domestic laws of the Party transmitting the information, be transmitted by carriers duly authorized for that purpose.

3. Classified information at the ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT level may always be conveyed in person; classified information at the POUFNE/VERTRAULICH level may be conveyed in person in urgent cases, provided that the security requirements laid down in the domestic laws of the Party transmitting the information are met.

4. The competent security authorities may agree upon other means of transmitting classified information that protect the information against unauthorized disclosure.

5. The receiving entity shall acknowledge receipt of the classified information in writing.

Article 8. Reproduction and translation of classified information

1. Classified information may be reproduced in accordance with the domestic laws of each Party. Classified information at the ŚCIŚLE TAJNE/STRENG GEHEIM level may be reproduced only with the prior written consent of its originator.

2. Copies shall be protected in the same manner as originals.

3. The number of copies shall be limited to what is necessary.

4. Classified information may be translated only by persons authorized to access classified information of the relevant security level. Translations shall be protected in the same manner as originals.

Article 9. Destruction of classified information

Classified information shall be destroyed in accordance with the domestic laws of each Party; the destruction shall be documented and any partial or full reconstruction of the information shall be rendered impossible.

Article 10. Visits

1. Persons from the State of one Party visiting the State of the other Party shall be granted access to classified information and to facilities in which classified information is processed and stored only to the extent necessary and subject to the prior written permission of the competent security authority of the other Party.

2. The permission referred to in paragraph 1 shall be issued only to persons who are duly authorized, in accordance with domestic laws, to access classified information.

3. Visits shall be announced to the competent security authority of Party in the territory of which the visit is to take place at least 30 days in advance; in urgent cases, that period may be shorter.

4. Visit requests shall be submitted in English and shall include the following details:

1) Purpose and planned date of the visit;

2) First and last name, date and place of birth and passport number or identity card number of the visitor;

3) Nationality of the visitor;

4) Official title of the visitor and name of the institution or unit that he or she represents;

- 5) Clearance level of the visitor with regard to access to classified information; and
- 6) Entities, interlocutors and institutions to be visited.

5. The competent security authorities of the Parties shall ensure the protection of the personal data of visitors in accordance with their domestic laws.

6. The competent security authorities of the Parties may give permission for the compilation of a list of persons authorized to conduct multiple visits in connection with the implementation of a classified contract. Such lists shall contain the information referred to in paragraph 4 and shall be valid for 12 months. Following the approval of such lists by the competent security authorities, the dates of the visits shall be arranged directly between the sending and receiving units.

7. Visits involving access to classified information at the ZASTRZEŽONE/EINGESCHRÄNKT level shall be arranged directly between the sending and receiving units. If such a visit is the first to occur, the competent security authorities shall be informed thereof in writing.

Article 11. Breaches of the provisions on the mutual protection of classified information

1. If an unauthorized disclosure of classified information falling within the scope of this Agreement is suspected or confirmed, the other Party shall be informed without delay in writing.

2. Any breach of the provisions on the protection of classified information falling within the scope of this Agreement shall be investigated and prosecuted in accordance with the domestic laws of the competent Party. Upon request, the other Party shall provide assistance in carrying out such measures.

3. The Parties shall inform each other of the results of the investigation and any measures taken.

Article 12. Costs

Each Party shall bear its own costs incurred in implementing the provisions of this Agreement.

Article 13. Competent security authorities

The Contracting Parties shall inform each other, through the diplomatic channel, of their security authorities that are competent to implement the provisions of this Agreement.

Article 14. Consultations

1. The competent security authorities of the Parties shall inform each other of their domestic laws governing the protection of classified information and of any amendments thereto.

2. In order to ensure close cooperation in the implementation of the provisions of this Agreement, the competent security authorities of the Parties shall hold consultations at the request of one of those authorities.

3. Each Party shall allow representatives of the competent security authorities of the other Party to visit its territory to discuss procedures for the protection of classified information.

4. The competent security authorities may, as needed and in accordance with their domestic laws, conclude agreements in writing on technical and organizational matters relating to the implementation of this Agreement.

Article 15. Settlement of disputes

1. Any disputes regarding the application or interpretation of the provisions of this Agreement shall be settled through direct negotiations between the competent security authorities of the Parties.

2. If the dispute cannot be settled as provided for in paragraph 1, it shall be settled through the diplomatic channel.

Article 16. Final provisions

1. This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date of receipt of the last of the two notes by which the Parties inform each other of the completion of the domestic procedures required for the entry into force of this Agreement.

2. This Agreement is concluded for an indefinite period.

3. This Agreement may be amended by mutual written agreement between the Parties. Amendments shall enter into force as provided for in paragraph 1.

4. Either Party may terminate this Agreement through the diplomatic channel at any time. In such an event, the Agreement shall cease to have effect six months following receipt by the other Party of the notice of termination.

5. In the event of termination, any classified information transmitted or produced under this Agreement shall continue to be protected in accordance with the provisions of this Agreement for as long as the classification level so requires.

6. On the date of entry into force of this Agreement, article 10 of the Agreement between the Government of the Republic of Poland and the Federal Government of the Republic of Austria concerning cooperation in preventing and combating crime, concluded in Vienna on 10 June 2002, shall cease to have effect.

DONE at Vienna on 4 December 2013 in two originals, each in the Polish and German languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Republic of Poland:

[SIGNED]

For the Federal Government of the Republic of Austria:

[SIGNED]

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE ET
LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE
RELATIF À LA PROTECTION MUTUELLE DES INFORMATIONS
CLASSIFIÉES

Le Gouvernement de la République de Pologne et le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche, ci-après dénommés les « Parties »,

Désirant garantir la sécurité de toutes les informations classifiées désignées comme telles en vertu de la législation interne d'une Partie et transmises à l'autre Partie,

Désireux d'établir des règles régissant la protection mutuelle des informations classifiées à appliquer dans toutes les formes de coopération entre les Parties impliquant l'échange ou la production d'informations classifiées,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Définitions

Aux fins du présent Accord :

1) Le terme « information classifiée » désigne toute information, quels que soient la forme ou le support de stockage, y compris les objets et parties d'objets, même en cours de traitement, qui a été classifiée et marquée comme telle conformément à la législation interne de l'une des Parties et qui est donc protégée contre toute divulgation non autorisée en vertu de la législation interne de l'une des Parties et du présent Accord ;

2) Le terme « autorités ou entités compétentes » désigne les autorités ou entités de l'État, ainsi que d'autres institutions, y compris les entreprises, compétentes pour traiter des informations classifiées conformément à la législation interne de la Partie concernée ;

3) Le terme « autorités de sécurité compétentes » désigne les autorités à désigner conformément à l'article 13 du présent Accord ;

4) Le terme « contrat classifié » désigne un contrat conclu entre une autorité ou entité compétente de l'État d'une Partie (le client) et une autorité ou entité compétente de l'État de l'autre Partie (le contractant), dont la mise en œuvre nécessite l'accès à des informations classifiées ou la production de celles-ci.

Article 2. Équivalence des niveaux de classification

Les Parties conviennent que les niveaux de classification suivants sont équivalents :

En République de Pologne	En République d'Autriche	Équivalent en français
ŚCIŚLE TAJNE	STRENG GEHEIM	TRÈS SECRET
TAJNE	GEHEIM	SECRET
POUFNE	VERTRAULICH	CONFIDENTIEL
ZASTRZEŻONE	EINGESCHRÄNKT	RESTREINT

Article 3. Marquage

1. Les informations classifiées transmises sont marquées, par l'autorité ou l'entité ayant compétence sur le destinataire, du niveau de classification national comparable prévu à l'article 2.

2. Le niveau de classification de sécurité peut être modifié ou supprimé uniquement par l'autorité ou l'entité compétente pour l'attribuer. L'autorité ou l'entité compétente visée au paragraphe 1 est informée sans délai et, dans la mesure du possible, à l'avance, de toute modification ou suppression du niveau de classification.

Article 4. Principes relatifs à la protection des informations classifiées

1. Les Parties, conformément au présent Accord et à leur législation interne, prennent toutes les mesures nécessaires pour protéger les informations classifiées transmises et leur accordent au moins le même niveau de protection que celui qui s'applique à leurs propres informations classifiées d'un niveau de classification comparable.

2. Les informations classifiées transmises ne peuvent être utilisées qu'aux fins convenues. Une partie ne peut divulguer à des tiers des informations classifiées transmises sans le consentement écrit préalable de l'autorité ou de l'entité compétente pour attribuer le niveau de classification.

3. Les autorités de sécurité compétentes assurent le contrôle nécessaire de la protection des informations classifiées transmises.

4. Les informations classifiées transmises ne peuvent être divulguées qu'aux personnes qui sont autorisées, en vertu de la législation interne, à accéder à des informations classifiées de niveau équivalent et dont les fonctions exigent qu'elles en aient connaissance.

Article 5. Habilitations de sécurité personnelles et d'établissement

1. L'accès des personnes à des informations classifiées de niveau POUFNE/VERTRAULICH ou supérieur est soumis à un examen de sécurité conformément à la législation interne de la Partie concernée.

2. L'accès des personnes à des informations classifiées de niveau ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT est régi par la législation interne de la Partie qui reçoit les informations.

3. Les autorités de sécurité compétentes des Parties se prêtent mutuellement assistance, sur demande, chacune conformément à sa législation interne, pour les examens de sécurité, nécessaires à la mise en œuvre du présent Accord, concernant les personnes qui sont ou ont été présentes sur le territoire de l'État de l'autre Partie, ainsi que pour les examens de sécurité concernant les entreprises et les installations enregistrées sur le territoire de l'autre Partie.

4. Dans le cadre de la mise en œuvre du présent Accord, chaque Partie reconnaît les habilitations de sécurité personnelles et d'établissement de niveau POUFNE/VERTRAULICH ou de niveau supérieur délivrées par l'autre Partie, conformément à sa législation interne.

5. Dans le cadre de la mise en œuvre du présent Accord, les autorités de sécurité compétentes des Parties s'informent mutuellement, sans tarder, de toute modification d'une habilitation de sécurité d'établissement délivrée de niveau POUFNE/VERTRAULICH ou de niveau supérieur, conformément à la législation interne de la Partie, particulièrement en cas de révocation de l'habilitation ou de changement de niveau de classification.

Article 6. Contrats classifiés

1. Avant l'attribution d'un contrat classifié comprenant l'accès à des informations classifiées de niveau POUFNE/VERTRAULICH ou de niveau supérieur, le contractant présente une habilitation de sécurité d'établissement en cours de validité.

2. Sur demande, les autorités de sécurité compétentes des Parties s'informent mutuellement de la possession par le contractant d'une habilitation de sécurité d'établissement valide ou de l'engagement d'une procédure pour l'obtenir.

3. Les contractants ne peuvent accéder à des informations classifiées de niveau POUFNE/VERTRAULICH ou de niveau supérieur avant de présenter une habilitation de sécurité d'établissement en cours de validité.

4. Le client transmet au contractant les exigences de sécurité relatives à la mise en œuvre du contrat classifié ainsi qu'une liste des informations classifiées. Une copie de ces documents est transmise aux autorités de sécurité compétentes des Parties.

5. Les sous-traitants doivent satisfaire aux mêmes exigences en matière de protection des informations classifiées que celles imposées aux contractants conformément au paragraphe 4.

Article 7. Transmission des informations classifiées

1. Les informations classifiées sont transmises par la voie diplomatique.

2. En outre, les informations classifiées de niveau ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT ou POUFNE/VERTRAULICH, conformément à la législation interne de la Partie qui les transmet, peuvent être transmises par des transporteurs dûment autorisés à cet effet.

3. Les informations classifiées de niveau ZASTRZEŻONE/EINGESCHRÄNKT peuvent toujours être transmises en personne ; les informations classifiées de niveau POUFNE/VERTRAULICH peuvent être transmises en personne en cas d'urgence, à condition que les exigences de sécurité prévues par la législation interne de la Partie qui les transmet soient respectées.

4. Les autorités de sécurité compétentes peuvent convenir d'autres moyens de transmission des informations classifiées qui garantissent leur protection contre la divulgation non autorisée.

5. L'entité qui reçoit les informations classifiées en accuse réception par écrit.

Article 8. Reproduction et traduction des informations classifiées

1. Les informations classifiées peuvent être reproduites conformément à la législation interne de chaque Partie. Les informations classifiées de niveau ŚCIŚLE TAJNE/STRENG GEHEIM ne peuvent être reproduites qu'avec le consentement écrit préalable de la Partie qui les transmet.

2. Les copies bénéficient des mêmes protections que les originaux.

3. Le nombre de copies est limité à celui nécessaire.

4. Les informations classifiées ne peuvent être traduites que par des personnes autorisées à avoir accès aux informations classifiées du niveau de classification pertinent. Les traductions bénéficient des mêmes protections que les originaux.

Article 9. Destruction des informations classifiées

Les informations classifiées sont détruites conformément à la législation interne de chaque Partie ; la destruction est consignée et toute reconstitution partielle ou intégrale de l'information est rendue impossible.

Article 10. Visites

1. Les personnes de l'État d'une Partie en visite dans l'État de l'autre Partie ne peuvent accéder aux informations classifiées et aux installations dans lesquelles les informations classifiées sont traitées et conservées que dans la mesure du nécessaire et sous réserve de l'autorisation écrite préalable de l'autorité de sécurité compétente de l'autre Partie.

2. L'autorisation visée au paragraphe 1 n'est délivrée qu'aux personnes dûment autorisées à accéder à des informations classifiées, conformément à la législation interne.

3. Les visites sont annoncées à l'autorité de sécurité compétente de la Partie sur le territoire de laquelle la visite doit avoir lieu au moins 30 jours à l'avance ; dans les cas urgents, ce délai peut être plus court.

4. Les demandes de visite sont soumises en anglais et comprennent les renseignements suivants :

1) l'objet de la visite et sa date prévue ;

- 2) les nom et prénom du visiteur, sa date et son lieu de naissance et son numéro de passeport ou de carte d'identité ;
- 3) la nationalité du visiteur ;
- 4) le titre du visiteur et le nom de l'institution ou de l'unité qu'il représente ;
- 5) le niveau d'habilitation du visiteur pour l'accès à des informations classifiées ;
- 6) les entités, interlocuteurs et institutions auxquels il sera rendu visite.

5. Les autorités de sécurité compétentes des Parties assurent la protection des données à caractère personnel des visiteurs conformément à leur législation interne.

6. Les autorités de sécurité compétentes des Parties peuvent autoriser l'établissement d'une liste des personnes autorisées à effectuer des visites périodiques dans le cadre de la mise en œuvre d'un contrat classifié. Ces listes contiennent les renseignements visés au paragraphe 4 et sont valables pour une période de douze mois. Après l'approbation de ces listes par les autorités de sécurité compétentes, les dates des visites sont fixées directement entre les unités d'origine et d'accueil.

7. Les visites impliquant l'accès à des informations classifiées de niveau ZASTRZEŽONE/EINGESCHRÄNKT sont organisées directement entre les unités d'origine et d'accueil. Lors de la première visite de ce type, les autorités de sécurité compétentes sont informées par écrit.

Article 11. Violations des dispositions relatives à la protection mutuelle des informations classifiées

1. Lorsqu'une divulgation non autorisée d'informations classifiées qui relèvent du champ d'application du présent Accord est présumée ou constatée, l'autre Partie en est informée immédiatement par écrit.

2. Toute violation des dispositions relatives à la protection des informations classifiées qui relèvent du champ d'application du présent Accord fait l'objet d'enquêtes et de poursuites conformément à la législation interne de la Partie compétente. Sur demande, l'autre Partie fournit une assistance pour l'exécution de ces mesures.

3. Les Parties s'informent mutuellement du résultat des enquêtes et des mesures prises.

Article 12. Frais

Chaque Partie supporte les frais qu'elle engage dans le cadre de la mise en œuvre des dispositions du présent Accord.

Article 13. Autorités de sécurité compétentes

Les Parties se communiquent mutuellement, par la voie diplomatique, les coordonnées de leurs autorités de sécurité compétentes pour la mise en œuvre des dispositions du présent Accord.

Article 14. Consultations

1. Les autorités de sécurité compétentes s'informent mutuellement au sujet de leur législation interne régissant la protection des informations classifiées et de toute modification y relative.

2. Afin de garantir une étroite collaboration dans la mise en œuvre des dispositions du présent Accord, les autorités de sécurité compétentes des Parties se consultent à la demande d'une d'entre elles.

3. Chaque Partie autorise les représentants des autorités de sécurité compétentes de l'autre Partie à se rendre sur son territoire pour discuter des procédures de protection des informations classifiées.

4. Les autorités de sécurité compétentes sécurité peuvent, selon les besoins et conformément à leur législation interne, conclure des accords écrits sur des questions techniques et d'organisation relatives à la mise en œuvre du présent Accord.

Article 15. Règlement des différends

1. Tout différend concernant l'application ou l'interprétation des dispositions du présent Accord est réglé au moyen de négociations directes entre les autorités de sécurité compétentes des Parties.

2. Si le différend ne peut être réglé selon les dispositions du paragraphe 1, il est réglé par la voie diplomatique.

Article 16. Dispositions finales

1. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date de réception de la seconde note par laquelle les Parties s'informent mutuellement de l'accomplissement des procédures internes nécessaires à cet effet.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

3. Le présent Accord peut être modifié par consentement mutuel écrit entre les Parties. Les modifications entrent en vigueur conformément aux dispositions du paragraphe 1.

4. Chaque Partie peut dénoncer le présent Accord à tout moment, par la voie diplomatique. Dans ce cas, le présent Accord cesse de produire ses effets six mois après la réception d'une telle notification par l'autre Partie.

5. En cas de dénonciation, toute information classifiée transmise ou générée au titre du présent Accord continue d'être protégée conformément aux dispositions du présent Accord, tant que le niveau de classification l'exige.

6. À la date d'entrée en vigueur du présent Accord, l'article 10 de l'Accord entre le Gouvernement de la République de Pologne et le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche concernant la coopération en matière de prévention et de lutte contre la criminalité, conclu à Vienne le 10 juin 2002, cesse de s'appliquer.

FAIT à Vienne le 4 décembre 2013 en deux exemplaires originaux, chacun en langues polonaise et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République de Pologne :

[SIGNÉ]

Pour le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche :

[SIGNÉ]